
Peter Haslinger

Die „Arbeit am nationalen Raum“ – Kommunikation und Territorium im Prozess der Nationalisierung

Dieses Heft trägt den Titel „Arbeit am nationalen Raum“. Dabei gehen alle Beiträge von der Grundannahme aus, dass sich der Nationalisierungsprozess nicht auf das Prinzip der Indoktrination einer politikfernen Bevölkerung im Sinne von Eugen Webers *peasants into frenchmen*¹ oder der Verinnerlichung einer *imagined community* in der von Benedict Anderson gezeigten Weise² reduzieren lässt. Die hier versammelten Einzelstudien zeigen vielmehr, dass ein „nationaler Raum“ erst in mehrfacher Weise kommunikativ „erarbeitet“ werden musste. Ausgangspunkt ist dabei die Bedeutung von Raum für die Bildung von Wir-Gruppen, eine Funktion, auf die etwa Detlev Ipsen hingewiesen hat – die mit Raum verbundenen kulturelle Deutungen, so Ipsen, würden Individuen erst aufeinander orientieren.³ Raumbegriffe und Raumbilder, so lässt sich daraus folgern, wirken über die ihnen innewohnenden räumlichen Relationen, Hierarchien, Grenzziehungen und Nähe- und Distanzvorstellungen gruppenstabilisierend. Über eine ständige Identifikation des ‚wo?‘ wird Kommunikation, die auf gemeinsame Handlungshorizonte gerichtet ist, oft erst möglich. Diese Zusammenhänge sind natürlich gerade für den Nationalisierungsprozess von zentraler Bedeutung: Hier wurde es nicht nur für notwendig erachtet, eine bestimmte Bevölkerung als Kommunikationsgemeinschaft zu stabilisieren, sondern auch eine Grund- bzw. Vorbedingung eigener Souveränität dauerhaft zu sichern, nämlich die politische Kontrolle und die Verfügungs- und Definitionsgewalt über ein bestimmtes Gebiet.

Unter „Arbeit am nationalen Raum“ verstehen die Beiträge dieses Heftes daher die Summe all jener Bemühungen, die darauf abzielten, ein im wissenschaftlich-politischen Diskurs festgelegtes und abgegrenztes nationales Territorium als Bezugseinheit durchzusetzen, es nach innen als transparenten

1 E. Weber, *Peasants into Frenchmen. The modernization of rural France 1870–1914*, Stanford 1976.

2 B. Anderson, *Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism*, London 1983.

3 D. Ipsen, Was trägt der Raum zur Entwicklung der Identität bei?, in: S. Thabe, (Hrsg.), *Räume der Identität – Identität der Räume*, Dortmund 1999, 150-159, hier S. 152-153.

Raum kommunikativ zu durchdringen und dessen Regionen mit ihren Bevölkerungen in arbeitsteiliger Weise aufeinander zu beziehen. Die argumentative „Arbeit“ wurde hierbei in Situationen erbracht, in denen der staatliche oder nationale Deutungsanspruch durchgesetzt wurde. Daraus ergaben sich auch Impulse, die eine Neustrukturierung der Kommunikation im lokalen öffentlichen Raum bewirkten und dadurch bestimmte Deutungen entwerteten oder sogar stigmatisierten.

Obwohl Raumeinheiten immer auch ein Produkt politischer Sanktionierung und des definatorischen Anspruchs von staatlicher Macht darstellen, wird in den Einzelstudien dabei deutlich, dass nationale Territorien keineswegs automatisch vorgegeben waren – und zwar die Zugehörigkeit einzelner Regionen und Orte ebenso wenig wie der Verlauf von Grenzen zwischen benachbarten Einheiten. Bei der Abgrenzung und inneren Hierarchisierung nationaler Räume spielten vielmehr Kommunikationsprozesse eine entscheidende Rolle. Einerseits musste eine Diskussion über jenen Gebietsausschnitt geführt werden, der überhaupt als Grundlage der eigenen nationalen Politik fungieren sollte. Das nationale Inklusions- und Partizipationsparadigma machte es zweitens notwendig, im Bewusstsein der Mitglieder der eigenen nationalen Gruppe hierarchisierte Raumbilder zu verankern, in denen der nationale Raum als oberste Bezugsebene fungierte. Drittens galt es lokale Bezüge und Lebenswelten aufzubrechen – dabei dienten neue Medien und Vergesellschaftungsformen in der Regel auch dazu, den auf das gesamtstaatliche Territorium erweiterten Außenbezug und damit verbunden bestimmte Verhaltensmuster plausibel und akzeptabel zu machen (wie die Teilnahme am Kriegsdienst) oder zu stigmatisieren und gesetzlich zu ahnden (z. B. den staatlich nicht autorisierten Grenzübertritt oder den Schmuggel). Viertens diente die derart autorisierte Raumvorstellung dazu, innerhalb des Gebietsausschnitts Zentrum und Peripherien neu zu ordnen und hierarchisch aufeinander zu beziehen. Dieses konzeptionelle Strukturieren und „Durchdenken“ der neuen nationalen Räume ermöglichte oft erst eine gesamtstaatliche Wirtschafts-, Investitions- und Verteidigungspolitik. Die scheinbar nicht mehr hinterfragbare Logik des geographischen Arguments diente den politischen Repräsentanten in diesem Zusammenhang auch dazu, sich einer allgemeinen Diskussion ihrer Politikentwürfe über weite Strecken möglichst zu entziehen.

Im Hinblick auf die Nationalisierung von Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert bestand daher die argumentative Leistung von Raum vor allem darin, soziale und kulturelle Differenz im Umweg über ein scheinbar Gegebenes, für alle Sichtbares und Erfahrbares, nämlich den nationalen Raum, zu integrieren. Damit wurden gleichzeitig eindeutige und verbindli-

che Grenzen gestiftet, die ein „eigenes“ Territorium von „fremden“, „anderen“ trennten. In diesem Zusammenhang orientierten sich die Beiträge dieses Heftes auch am Theorieansatz des *imagined territory*.⁴ Dieses bezeichnet einen konkreten Raumausschnitt, auf den der nationale Diskurs in verbindlicher Weise bezogen ist und der das „sozial Eigene“ auf der höchstmöglichen Betrachtungsebene, jener der Nation, territorial definiert und symbolisiert. Diese Raumvorstellung wurde meist in einem frühen Stadium der nationalen Vergesellschaftung in politischen, wissenschaftlichen und literarischen Diskursen sowie im Bereich der bildenden Künste generiert. Im Idealfall wurde dabei das *imagined territory* auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen, die in den nationalen Integrationsprozess einbezogen werden sollten, in seinem Umfang identisch definiert – erst dadurch erhielt das Konstrukt auch die notwendige kommunikative und handlungsanleitende Verbindlichkeit. Die nationale Integration wurde in der Regel erst dann als erfolgreich angesehen, wenn auf Grund einer zuvor festgelegten ‚Liste‘ die zugehörigen Regionen der nationalen Verfügungsgewalt unterstellt, d. h. in der Regel dem eigenen Nationalstaat angegliedert waren.

Das *imagined territory* fungiert in nationalen Identitätsdiskursen in der Regel semantisch gleichberechtigt neben der nationalen Gruppe als dem zentralen Kollektivsymbol, erfüllt im Vergleich zu dieser jedoch durchaus andere appellative Funktionen. Da eine nach bestimmten Gesichtspunkten definierte Bevölkerung auch ortsunabhängig gedacht werden oder einem demographischen Erosionsprozess unterliegen kann, symbolisiert das *imagined territory* den materialisierten Anspruch auf Authentizität und dauerhafte Existenz als Gruppe in Raum und Zeit. In der Regel werden daher Nation und Territorium auf allen relevant erscheinenden Ebenen der Kommunikation bewusst in einer Weise aufeinander bezogen, die keine klare Unterscheidung beider Komponenten mehr möglich macht. Erst diese diskursive Verschränkung stiftet die gruppenübergreifende Überzeugungshaltung, ohne „ihren“ charakteristischen und dauerhaft festgelegten Raum hören die Nation auf zu existieren. Aus dieser Sichtweise leiten Akteure auch einen raumbezogenen Verfügungs- und Durchsetzungsanspruch ab: Eine vorrangige Aufgabe des *imagined territory* ist es, das Überleben der eigenen Nation in

4 Ein erster Entwurf dieses Modells finden sich in P. Haslinger/K. Holz, Selbstbild und Territorium. Dimensionen von Identität und Alterität, in: P. Haslinger (Hrsg.), Regionale und nationale Identitäten. Wechselwirkungen und Spannungsfelder im Zeitalter moderner Staatlichkeit, Würzburg 2000, S. 15-38. Ausführlicher jetzt in P. Haslinger, „Imagined territories“ – Nation und Territorium im tschechischen politischen Diskurs 1889–1938. Unveröffentl. Habilitationsschrift, Universität Freiburg, 2004. Vgl. auch G. W. White, Nationalism and territory. Constructing group identity in Southeastern Europa, Lanham u.a. 2000, S. 15-34.

Konkurrenz bzw. Auseinandersetzung mit anderen Nationen zu garantieren. Die Siedlungslage einer sprachnationalen Gruppe ist daher in diesem Kontext nicht immer entscheidend für die Zugehörigkeit einzelner Gebiete und Orte. Um 1900 galten etwa eine gewisse Grundausstattung an Bodenschätzen sowie verkehrsinfrastrukturelle und kommunikationstechnische Ressourcen (z. B. ein freier Meerzugang) für ein nationales Territorium ebenso als unverzichtbar wie eine gewisse Größe und Kompaktheit des Gebiets oder seine Ausstattung mit „natürlichen“ Grenzen entlang solcher Abschnitte, die durch die Politik anderer Nationen potentiell gefährdet erschienen.

Für die erfolgreiche Stabilisierung des *imagined territory* war daher auch seine Anerkennung durch benachbarte Staaten und Nationalbewegungen und durch die internationale Gemeinschaft notwendig. Im binnennationalen Kontext hing dabei die Durchsetzung eines bestimmten Raumkonzepts, wie alle in diesem Heft analysierten Entwicklungen verdeutlichen, keineswegs nur vom Verhalten staatlicher Akteure ab. Die hier versammelten Beiträge, vor allem die Beispiele Masuren und Wilna machen deutlich, dass die staatlichen Repräsentanten ihre Zuschnitts-, Zuteilungs- und Benennungsmacht zur Durchsetzung ihrer Interessen durchaus in Anspruch nahmen. Hinzu trat jedoch die klassifizierende Erschließung von Raum durch eine zunehmend nationalisierte Wissenschaft, deren Raumkonzepte sich vor allem in den Imperien des östlichen Europa durchwegs von der entsprechenden gesamtstaatlichen Diktion unterschieden. Um die Jahrhundertwende wurde dieser Aspekt der „Arbeit am nationalen Raum“ vor allem von den Disziplinen Geschichte, Sprachwissenschaften, Ethnographie, Anthropologie, Statistik und Geographie getragen. Diese mussten, um einen Raumausschnitt auch im internationalen Kontext gegenüber gegnerischen Ansprüchen als Teil des eigenen *imagined territory* definieren zu können, oft erst Detailkenntnisse über die einzelnen beanspruchten Gebietsausschnitte erwerben.

Die im Bereich von Wissenschaft und Kunst verfertigten Argumente entfalteten ihre soziale Relevanz erst durch ihre mediale und kommunikative Verbreitung. Die „Arbeit am nationalen Raum“ wurde dabei von den Aktivitäten stark hierarchisierter Netzwerke staatlicher wie nichtstaatlicher Akteure getragen, die neue Themen, Formen und Regeln der Kommunikation vor Ort propagierten. Da sich dabei der Erfolg keineswegs immer automatisch einstellte, begannen Aktivisten innerhalb von Vereinen, Bildungskreisen und Genossenschaften im Gelände verschiedene Methoden zu erproben, um die neuen Botschaften als Norm und Leitvorgaben für eine zivilisatorisch „bessere“ Gesellschaft durahzusetzen. Aus der Sicht nationaler Bewegungen galt es etwa, gegenüber Dialekten und Lokalsprachen die Hochsprache als alleiniges Mittel öffentlicher Kommunikation zu etablieren, soziales und konfes-

sionelles Konfliktverhalten abzubauen und die Kommunikationshorizonte verpflichtend auf das *imagined territory* als den gemeinsamen „Wir-Raum“ festzulegen. Die zunehmende Verbreitung von themen- und regionsspezifischen Zeitungen und Zeitschriften und die neuen Spielarten eines expansiven Vereinswesens veränderten dabei eingespielte lokale Kommunikationsmuster in einschneidender Weise. Die fortschreitende Alphabetisierung, die in den Schulen gelehrt wurde und die Präsenz und Tätigkeiten neuer Gruppen im Dorf (vor allem von Lehrern) verstärkten die ineinander verschränkte Neuverhandlung von Raum- und Gruppenkonzepten. Das Ergebnis war die Entwertung lokalen Wissens und die Abdrängung alternativer Deutungen in den Privatbereich und in sozial deklassierte Milieus.⁵

Auf allen Ebenen reagierten in der Folge Gruppen und Individuen auf diese Nationalisierungsimpulse und positionierten sich in dem translokal erweiterten Diskurs. Besondere Bedeutung kam dabei dem städtischen Raum zu, in dem – immer aus der Sicht nationaler Protagonisten – eigennationale Kulturleistung und technisch-zivilisatorische Innovation, aber auch kosmopolitische, proletarische oder individualistische Entfremdung von der Nation möglich waren. Hier wurde es daher als zwingend angesehen, das neutrale bzw. multiethnische urbane Erscheinungsbild visuell „national“ zu markieren und damit die Stadt für die eigene Gruppe dauerhaft in Besitz zu nehmen. Wie alle hier versammelten Beiträge zeigen, reichte dies von Denkmälern an zentralen Punkten über die Architektur von Gebäuden und das Erscheinungsbild von Parkanlagen bis hin zur Wahl der öffentlich wahrnehmbaren Orthographie, etwa der Beschriftung von Straßentafeln und Firmenschildern. Auch Feste und inszenierte Versammlungen z. B. an Jahrestagen (wie in Eupen der Sedanstag) trugen dieser Strategie Rechnung – indem sie auf eine möglichst umfassende Mobilisierung der Bevölkerung abzielten, wiesen sie auch eine partizipatorische und zunehmend disziplinierende Komponente auf. Wie die Beispiele Strassburg, Lemberg oder Wilna zeigen, resultierte die Konkurrenz der nationalisierenden Formensprachen in dem Versuch einer symbolischen Deklassierung fremdnationaler Kulturkonzepte – in den letzten beiden Fällen auch in einer materiellen Purifizierung des Stadtbildes unter nationalen und ideologischen Vorzeichen in der Zwischen- und unmittelbaren Nachkriegszeit.

Dieser allgemeine Nationalisierungsprozess war in Grenz- und Randregionen oft von einer besonderen Eigendynamik gekennzeichnet, und zwar vor allem dann, wenn die Protagonisten mehrerer Nationalbewegungen mit

5 Besonders plastisch ist diese Entwicklung beschrieben in K. Stauter-Halsted, *The nation in the village. The genesis of peasant national identity in Austrian Poland, 1848–1914*, Ithaca 2001.

konkurrierenden Raumkonzepten in einen Wettlauf um die Markierung einzelner Regionen eintraten. In solchen Fällen verhielten sich nationale Bewegungen in der Regel wie kommunizierende Röhren zueinander: Da hier ein Vergleich möglich und vor allem auch dringend notwendig erschien, um die Akzeptanz bzw. Durchsetzung des eigenen Territorialprogramms zu gewährleisten, wurden über die Sprachgrenzen hinweg Kommunikations- und Organisationsmodelle kopiert und weiterentwickelt. Hier ist von einer engen argumentativen Nergativverflechtung auszugehen, in deren Folge die Argumente der Gegenseite als Impulse für eigene Überlegungen begriffen wurden. Es sollte mit „besseren“, d. h. plausibleren, wissenschaftlich haltbareren oder auf den Interessens- und Wahrnehmungshorizont der jeweiligen Bevölkerung abgestellten Argumenten reagiert werden. Dies bedingte gerade in Fällen konkurrierender nationaler Ansprüche eine ebenenübergreifende Verdichtung der Kommunikation über Raumkonzepte, wobei einzelne Orte, Landschaften und historische Schauplätze nicht selten einen nationalen Stellvertretercharakter zugesprochen erhielten. Ihre Bewohner erschienen als besonders repräsentativ für den unverwechselbaren Nationalcharakter, und es wurde postuliert, dass durch das ortsspezifische Zusammenwirken von Mensch und naturräumlichen Gegebenheiten bestimmte nationale Eigenschaften, die es zu bewahren und zu verteidigen gelte, besonders ausgeprägt zu Tage träten.

Gerade vor diesem Hintergrund wird der Unterschied zwischen einer Grenzregion und dem symbolisch aufgeladenen „Grenzland“ deutlich. Wenn die nationale Rhetorik auf kommunikativ eingespielte Vorstellungen räumlicher Zugehörigkeit oder dynastischen, patriotischen oder konfessionellen Loyalitäten aufbauen konnte, verlief die „Arbeit am nationalen Raum“ in der Regel konfliktarm – typisch für Regionen wie Masuren und das Gebiet von Eupen-Malmedy in der Zeit vor 1920 war das gleichgerichtete und arbeitsteilige Vorgehen von Staat, Kirche und gesellschaftlichen Organisationen. Wie selbst diese Beispiele zeigen, schuf der tatsächliche oder auch nur imaginierte Konkurrenzanspruch eines *external homeland*⁶ oder einer konkurrierenden Nationalbewegung andere Rahmenbedingungen für eine kommunikative Durchdringung bestimmter Regionen. In etlichen Fällen trug dabei die entsprechend forcierte „Arbeit am nationalen Raum“ auch restriktive und gewaltsame Züge: Den Spielraum für die Vertreter zwischen- und übernationaler Identitäten galt es diskursiv, administrativ oder mit rechtlichen Mitteln einzuengen und kommunikativen und zum Teil auch physischen Druck auf diejenigen aufzubauen, die gegnerische Konzepte propagierten oder sich

6 R. Brubaker, *Nationalism reframed. Nationhood and the national question in the New Europe*, Cambridge 1996, v. a. S. 60-69.

überhaupt der Logik nationaler Argumentation zu entziehen versuchten. Gerade in Grenzregionen konnte es daher durchaus im Kalkül nationalisierender Eliten liegen, durch ein entsprechendes Feindbildmanagement soziale Hierarchien in ethnische zu überführen. Damit wurden diese bis zu einem gewissen Grad auch „territorialisiert“, d. h. sie erscheinen in Gestalt der Auseinandersetzung um die Ressource Land und schufen damit oft erst die ideologische Begründung für spätere Ausgrenzung, Ausweisung und Vertreibung. Das „Grenzland“ wurde dadurch im Unterschied zu anderen Grenz- und Randregionen auch zu einem argumentativen Brennpunkt gesamtnationaler Politik, und der Verweis auf eine bestehende oder potentielle Bedrohung der jeweiligen Region von innen oder außen diente zur Legitimierung von Regelungen administrativer oder rechtlicher Natur, die dem nationalen Gleichheitsgebot im Grunde widersprachen. Ein Blick auf das Elsass zeigt hier, dass es nur in solchen Fällen zur Formulierung politisch relevanter regionalistischer Eigenkonzepte kommen konnte, in denen regionale Eliten den nationalen Kommunikationsstrategien ebenbürtige Inhalte und personelle Ressourcen entgegenzusetzen hatten.⁷

Vor allem in Regionen, in denen durch eine Grenzänderung ein Souveränitätswechsel stattgefunden hatte, bildeten die sprachlichen Mehrheitsverhältnisse nicht automatisch eine Grundlage lokaler nationaler Identifikation. Die Teilhabe an einer ausgeprägt staatspatriotischen politischen Kultur und ein hohes Ausmaß an Integration in die politischen und sozioökonomischen Strukturen des vormaligen Staates konnten die Selbstverortung breiter Bevölkerungsteile ebenso prägen wie der Bezug auf vornationale Territorialeinheiten oder weit zurückliegende Reichs- und Staatsgebilde (wie etwa im Falle Polens). Vor allem im östlichen Europa existierten in Grenz- und Randregionen zudem keine klar voneinander unterscheidbaren konsolidierten Sprachgemeinschaften, die von den jeweiligen nationalen Bewegungen nur mehr kommunikativ hätten erfasst und durchdrungen werden müssen. Phänomene wie Hybridsprachen und Zweisprachigkeit oder die sprach- und konfessionsunabhängige Identifikation als „Hiesige“ bewirkten, dass sich die nationalen Protagonisten mit einer Vielzahl von Personen konfrontiert sahen, die sich nicht oder nicht vorrangig national definierten. Hier galt es für na-

7 Im Falle des Elsass war deutscherseits die regionale Identität als Zwischenphase auf dem Weg der Angleichung der Region und seiner Bevölkerung an die neue Nationalkultur gedacht; dies ermöglichte es jedoch frankophilen Elsässern, abgestufte Raumbezügen (mit Frankreich als der *grande patrie* und dem Elsass als der *petite patrie*) zu propagieren. Die so entstehende Mehrdeutigkeit elsässischer Selbstverortung bedingte auch, dass das elsässische Mundarttheater sowohl in Paris als auch in Berlin Erfolge feiern konnten. Vgl. hierzu den Beitrag von Daniel Mollenhauer in diesem Heft.

tionalisierend auftretende Akteure, sozial integrativ zu wirken und den nationalen Raum in möglichst kurzer Zeit für sich kommunikativ zu „erarbeiten“ – Kenntnis zu erwerben, Vernetzung herzustellen, Kommunikationsstandards zu bestimmen und abweichende Inhalte, Formen und ihre Vertreter zu marginalisieren. Wie sich vor allem im Fall Wilnas und Ostgaliziens zeigt, führte dies letztendlich auch zu einer neuen Art der „Entöckung“ regionaler Charakteristika für den nationalen Formenkanon und der umfassenden intentionalen Kartographierung von solchen Räumen, die bisher durch nationale Zeichensysteme nur peripher erfasst worden waren.

Was die vergleichende Synchronisierung der einzelnen Nationalisierungsprozesse betrifft, erscheint es aus der Sicht der hier versammelten Beiträge überraschend, dass der Höhepunkt der „Arbeit am nationalen Raum“ in vielen Regionen zumindest in die Zwischenkriegszeit zu datieren ist. Um 1900 prägte nationales Denken noch keineswegs alle Varianten von Kommunikation, und Phänomene wie Lokalpatriotismus und dörfliche Selbstisolierung waren ebenso verbreitet wie die Fortschreibung solcher konfessioneller Deutungs- und Abgrenzungsmuster und tradierter sozialer Hierarchien, welche einer Akzeptanz der Kernbotschaften des *imagined territory* potentiell entgegenwirkten. Der Erste Weltkrieg, die sozial-revolutionäre Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten, das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und die möglich erscheinende Änderung von Staatsgrenzen steigerten jedoch den Argumentationswettbewerb zwischen Vertretern einzelner nationaler Bewegungen. Vor allem im Fall von Volksabstimmungen zeigte sich deren mobilisierendes Potential.

Obwohl die krisenhaften und oft gewaltsamen Zuspitzungen ohne die vorangehende „Arbeit am nationalen Raum“ kaum möglich erscheinen, kann daher für die Zwanziger- und Dreißigerjahre festgehalten werden, dass die Wirkungen, die von *state building*-Aktivitäten für die endgültige Durchsetzung nationaler Identifikation als Kommunikationsnorm ausgingen, als sehr hoch veranschlagt werden müssen. Dabei muss allerdings die Frage offen bleiben, ob diese Entwicklung in Ländern, in denen 1918/20 der Wechsel zu den parlamentarischen Systemen der frühen Zwischenkriegszeit vollzogen wurde, den Nationalisierungsprozess auch strukturell beschleunigte oder ihn durch die errungene Staatlichkeit in einigen Bereichen oft erst ermöglichte. Auch ist zu fragen, in welchem Ausmaß der damalige Systemwechsel und der internationale Minderheitenschutz Grundlagen dafür schufen, dass sich Bevölkerungsgruppen der Nationalisierungsdynamik wirksamer entziehen konnten als vorher, bzw. welche Varianten der „Selbstnationalisierung“ hier greifbar werden. Offen bleibt schließlich auch noch, welche Impulse aus der Erfahrung des Scheiterns einer eigenen „Arbeit am nationalen Raum“ für das

Ende repräsentativer Demokratien im Europa der Zwischenkriegszeit ausgingen, und schließlich was die Bilanz des eigenen Nationalisierungsprojekts für die Nachkriegsgesellschaften – wie etwa die kommunistischen Systeme Ostmittel- und Südosteuropas – jeweils bedeuteten.

Die „Arbeit am nationalen Raum“ – methodische Probleme und weiterführende Forschungsperspektiven

Sieht man von einzelnen Bereichen der Regional- und Mikrogeschichte ab, stellte der Aspekt der Territorialität in den deutschsprachigen Geschichtswissenschaften bis Mitte der Neunzigerjahre ein nur selten genutztes Untersuchungsfeld dar. Bis dahin konstatierte Jürgen Osterhammel für die Geschichtsschreibung ein Überwiegen von „ortlosen“ oder allenfalls einem formalen Raumschema eingeschriebenen Strukturen, Prozessen und Erfahrungen sowie eine „Raumabstinenz, die sich mitunter zum Raumtabu steigert“.⁸ Es habe häufig noch als reaktionär gegolten, so formulierte Martina Löw in ihrem Erklärungsansatz, sich mit Raum zu beschäftigen: „Raum haftete nicht nur die Vorstellung des Starren an, sondern erinnerte auch an die geopolitischen Argumentationen des Ersten und Zweiten Weltkriegs.“⁹

Die innovative Wende ergab sich aus der zunehmenden Anwendung konstruktivistischer Sichtweisen in die Geschichtswissenschaft, da die Forschung zu Gedächtnisorten (*lieux de mémoire*)¹⁰ und kognitiven Karten (*mental maps*)¹¹ es nunmehr ermöglichte, Raum in erster Linie als ein Produkt intentionaler Wahrnehmung und damit verknüpfter Deutungen und Konzepte aufzufassen. Die „Kritische Geopolitik“ bemühte sich zudem um

8 J. Osterhammel, Die Wiederkehr des Raumes. Geopolitik, Geohistorie und historische Geographie, in: Neue Politische Literatur 43 (1998), 374-397, hier S. 374.

9 M. Löw, Spacing – Überlegungen zu räumlichen Neuformationen, in: S. Thabe (Hrsg.), Räume der Identität – Identität der Räume, Dortmund 1999, 160-169, hier S. 162.

10 P. Nora (Hrsg.), Les lieux de mémoire, 7 Bde, Paris 1984-1993; E. François/H. Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bde., München 2001. Siehe speziell zum östlichen Europa an neuerer Literatur: J. Le Rider (Hrsg.): Transnationale Gedächtnisorte in Zentraleuropa. Innsbruck, Wien, München, Bozen 2002; R. Jaworski (Hrsg.), Gedächtnisorte in Osteuropa. Vergangenheiten auf dem Prüfstand. Frankfurt a. M. 2003.

11 R. M. Downs/D. Stea, Kognitive Karten. Die Welt in unseren Köpfen, New York 1982. Siehe hierzu den Forschungsbericht von F. B. Schenk, Mental Maps. Die Konstruktion von geographischen Räumen in Europa seit der Aufklärung, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), 493-514. Vgl. auch A. Hartl, Kognitive Karten und kognitives Kartieren, in: C. Freksa/C. Habel (Hrsg.), Repräsentation und Verarbeitung räumlichen Wissens, Berlin u. a. 1991, 34-46, hier S. 34, 40.

die Dekonstruktion der Raumkonzepte aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts¹², und inzwischen liegen nicht nur im deutschsprachigen Raum Arbeiten vor, die sich dem Verhältnis von Kartographie und Politik im 19. und 20. Jahrhundert (etwa am Beispiel der Schweiz, Finnlands oder Schottlands¹³) widmen. Dabei wird nicht nur der Aspekt der diskursiven Herstellung von Raumeinheiten beleuchtet, sondern es werden auch politische Handlungsdispositionen in die Betrachtungen miteinbezogen, die von Raumvorstellungen ausgehen können. Dieser Nachholprozess in den letzten zehn Jahren hat inzwischen bereits dazu geführt, dass in neuen Synthesen aus dem Bereich der Nationalismusforschung das Paradigma Räumlichkeit verstärkt Eingang gefunden hat – so nennt etwa Dieter Langewiesche neben der Idee der Staatsbürgerschaft die Herausbildung großer Wirtschaftsräume und die Fähigkeit zu „großräumiger Kommunikation, in die immer mehr Menschen aus allen sozialen Schichten hineinwachsen“, als Voraussetzungen für die Ausbildung einer modernen Nation; dies schloss auch die Fähigkeit Einzelner mit ein, „politisch in überlokalen Zusammenhängen zu denken und zu handeln“.¹⁴

Diese Thesen werden auch von den Beiträgen dieses Heftes bestätigt und unterstützt; in bezug auf das Verhältnis zwischen Kommunikation, Territorium und Nationalisierung erscheint es dennoch sinnvoll, abschließend drei Problembereiche eigens zu benennen und mögliche methodische Vorgangsweisen zu skizzieren. Diese Problembereiche sind:

- die Synchronisierung unterschiedlicher Verlaufsgeschwindigkeiten, Trägermedien und Verbreitungstechniken im Gesamtrahmen des Nationalisierungsprozesses,
- die Rolle konkurrierender Gruppenerfahrungen und transnationaler Rezeption für die Dynamik der Nationalisierung sowie

12 R. Sprengel, *Kritik der Geopolitik. Der deutsche Diskurs 1914–1944*, Berlin 1996; M. Fahlbusch/M. Rössler/H.-D. Schultz, *Geographie und Nationalsozialismus. Drei Fallstudien zur Institution Geographie im Deutschen Reich und der Schweiz*, Kassel 1989. Vgl. auch G. H. Herb, *Under the map of Germany. Nationalism and propaganda 1918–1945*, London 1997; D. Dijink, *National identity and geopolitical visions. Maps of pride and pain*, London, New York 1996.

13 D. Gugerli/D. Speich, *Topographien der Nation. Politik, kartographische Ordnung und Landschaft im 19. Jahrhundert*, Zürich 2002; Ch. W. J. Withers, *Geography, science and national identity. Scotland since 1520*. Cambridge 2001; A. Paasi, *Territories, boundaries and consciousness. The changing geography of the Finnish-Russian border*, Chichester 1997.

14 D. Langewiesche, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*, München 2000, S. 31-33.

– das Problem einer möglichen Überbewertung der Kategorie Raum in der Analyse.

Was die Frage der Synchronisierung unterschiedlicher Verlaufsgeschwindigkeiten, Trägermedien und Verbreitungstechniken betrifft, wird zunächst eine Unterscheidung zwischen der infrastrukturell-technischen, der politisch-partizipatorischen und der konzeptionell-diskursiven Dimension von Nationalisierungsprozessen vorgeschlagen. Der infrastrukturell-technische Aspekt zielte auf die Förderung und Ausdifferenzierung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen einzelnen Regionen eines Staates und war mit deren verkehrstechnischer Erschließung (v. a. durch Eisenbahnen) eng verbunden; er bedingte nicht nur eine gesteigerte Mobilität, sondern ging auch mit der Entwicklung und Verbreitung neuer Medien und Kommunikationsformen einher. Unter der politisch-partizipatorischen Dimension der Nationalisierung ist demgegenüber der Bereich der institutionellen Integration und der Art der Teilhabe von Gruppen und Individuen an der Herstellung einer „gesamtnationalen“ Politik zu verstehen; hier generierte das politische System über die Netzwerke von Parteien, Interessensverbänden, staatlichen Einrichtungen und sonstigen Vereinigungen einen zunehmend nationalen Kommunikationsraum, in dem die lokalen, die regionalen und die Akteure des Zentrums auch dann diskursiv aufeinander bezogen blieben, wenn sie partikuläre Interessen vertraten. Die ersten beiden Varianten wirkten sich selbst dann nationalisierend auf alle Lebensbereiche aus, wenn die dritte Komponente – ein explizit nationalisierendes Konzept oder eine solche Umsetzungspolitik – fehlte oder von der Bevölkerung nicht in diesem Sinne wahrgenommen wurde. Die dritte Dimension, die konzeptionell-diskursive, zielte daher auf Bewusstseinslagen und kollektive wie individuelle Identifikation; hier ergab sich die nationalisierende Wirkung vor allem über die Herstellung, Hierarchisierung und kommunikative Verfestigung gruppenübergreifender Raum-bilder, auf die Handlungen und Diskurse allgemein bezogen blieben.

Alle drei Spielarten der Nationalisierung bedingten einander, verliefen jedoch meist in durchaus unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Es erscheint daher lohnend, das zuvor beschriebene Verlaufsmodell der „Arbeit am nationalen Raum“ mit jener Entwicklung zu kontrastieren, die im jeweiligen Untersuchungsfall vorgefunden wurde, und dann in einem zweiten Schritt festzustellen, ob Abweichungen auch aus zeitgenössischer Sicht als Diskrepanzen eingestuft wurden und welche Handlungsaufforderungen daran geknüpft waren. Diese Analyse der Wahrnehmung eigener Erfolge oder Misserfolge würde es auch ermöglichen, den Blick für die Multioptionalität von Nationalisierungsbemühungen und für die damit verknüpften Phasenbrüche und Strategiewechsel zu schärfen. Außerdem bleibt zu fragen, wie Grup-

penwahrnehmungen und gruppenbezogene Kommunikation mit der zuvor beschriebenen umfassenden Nationalisierungserfahrung harmonisierten, bzw. inwieweit Rückkopplungs- und Reaktionsmechanismen richtungsgebende Komponenten im Verlauf der Nationalisierung darstellten. Anders gesagt sollte untersucht werden, ob und wie die innerhalb einer Bevölkerung oder Führungsschicht vorfindbaren *cleveages* – regionale, lokale, soziale, ökonomische, kulturelle, weltanschaulich-ideologische, bildungs- und milieubedingte und nicht zuletzt auch generationelle – auch als „Gruppenantworten“ fassbar werden, die sich durch eine eigene Dynamik auszeichneten. In diesem Zusammenhang wäre speziell auch auf die Rolle transnational strukturierter Kommunikationsformen und auf die Rezeption fremdnationaler Inhalte zu achten.

Insgesamt legen die noch offenen Fragen nahe, einen Vorschlag in Richtung einer alternativen Kartographie des Nationalisierungsprozesses zu formulieren. Diese hätte nicht nur, wie auch bisher, Sprachenverteilung, Dialektübergänge und ausgewählte regionale Charakteristika zu erfassen, sondern auch die Präsenzentwicklung für ausgewählte Medienformate und Organisationsformen abzubilden. Die drei Dimensionen des Nationalisierungsprozesses wären in Grenz- und Randregionen durch den stetigen Ausbau von Verkehrsnetzen, Genossenschaften, Kulturvereinen oder Parteien ebenso darstellbar wie die potentielle gesellschaftliche Reichweite kommunikativer Inhalte durch die Verbreitung programmatischer Zeitschriften, die die Nutzungsdichte von Bibliotheken oder das Auftauchen bestimmter Feiern von Nationalfesten. Vor allem an Regional- und Lokalstudien könnte dabei die konkurrierende „Erschließung“ von Räumen durch nationalisierende Netzwerkstrukturen im zeitlichen Verlauf deutlich gemacht werden.

Der Verweis auf die sozialdemokratische Vernetzungsarbeit oder auf Erscheinungsformen kosmopolitisch-urbaner Kultur zeigen jedoch ebenso deutlich, dass nicht jede Veränderung per se als integraler Bestandteil eines umfassenden Nationalisierungsprozesses aufgefasst werden kann. Denn wenn auch das Ergebnis einer Durchsetzung des nationalen Paradigmas aus heutiger Sicht unbestritten ist, birgt jede Fokussierung auf die territoriale Dimension des Nationalen auch die Gefahr in sich, die Kategorie Raum letztendlich zu überbewerten oder gar zu verabsolutieren. Damit würden nämlich all jene Faktoren vernachlässigt, die z. B. mit transnationaler Kommunikation, Rezeption und Migration eng verknüpft sind. Zentral ist es daher für eine ausgewogene Analyse der „Arbeit am nationalen Raum“, diese als räumlich determinierten und gleichzeitig auch kommunikativ-dynamischen Prozess zu begreifen, der sich auch durch einen bestimmten

Grad an Ortsungebundenheit auszeichnet und damit mögliche fremd- oder transnationale Alternativen immer in sich miteinschließt.